

Die Sache mit der Ökonomisierung:¹

in dem von Thomas Höhne und anderen herausgegebenen Band *Ökonomisierung von Schule?* (Kamp-Hartong, S., Hermstein, B. & Höhne, T. (Hrsg.). (2018) wird hoch differenziert auseinandergesetzt, welche Dimensionen eine „Ökonomisierung“ der Bildung in struktureller, institutioneller, habitueller und kollektiv-kognitiver Hinsicht hat. Durch diese Analysen wird die kritische Aufmerksamkeit auf diese Prozesse und auch für die dahinterliegenden strukturellen und historischen, politischen Veränderungen gelenkt, denen unsere Gesellschaft gegenwärtig ausgesetzt ist. Es wird in den einzelnen Beiträgen klar, dass der Begriff einen Komplex von Prozessen bezeichnet, die ganz unterschiedliche Bereiche von Gesellschaft betreffen, und vor allem, dass diese Prozesse subkutane Wirkungen verschiedenster Qualität – bis hin zu verordneten Wahrnehmungsweisen und normierten sprachlichen Formen – entfaltet haben, die als solche im alltäglichen Gang der Gesellschaft und im Handeln und Reflektieren der Individuen gar nicht mehr als besondere wahrgenommen werden. Die Verschiedenheit und Unsichtbarkeit der Einflussnahme ist aber auch Anlass, darüber nachzudenken, ob der Begriff Ökonomisierung genügend analytische Reichweite besitzt, wenn er auf die Diversität der Prozesse als analytisches Instrument aufgelegt wird. Mit den folgenden Bemerkungen möchte ich den hier angedeuteten Zweifel etwas konkretisieren und anregen, zusätzlich zur Verwendung dieses Begriffs noch andere analytische Zugriffe zu versuchen, die freilich mit der Ökonomisierungsdiagnose gar nicht in Widerspruch geraten müssen.

Gebremste Kapitalismuskritik

In den meisten Fällen wird hinter der Kritik an der Ökonomisierung mehr oder weniger eine kapitalismuskritische Grundhaltung sichtbar oder auch explizit beansprucht, die auf die soziologischen, sozialpsychologischen, verhaltensdispositiven Veränderungen des Lebens der Individuen in privaten und öffentlichen Räumen abzielt und diese als Politik- und Strukturveränderungen zum Nachteil eines im Hintergrund als weiterhin gültig unterstellten Selbstbestimmungsgebots, als eine substantielle Veränderung aufklärerisch-demokratischer Lebensweise und Gesellschaftsform sowie darin mehr oder weniger realisierter personaler Entwicklung oder als Verlust bzw. Vertreibung des Politischen

¹ Dieses Papier ist ein Diskussionsbeitrag auf der vom Gesprächskreis Bildungspolitik in der Rosa-Luxemburg-Stiftung veranstalteten Expertentagung zum Ökonomisierungsbegriff. Es ist deshalb nur zitierfähig mit dem Zusatz „Diskussionspapier“ und der Angabe der betr. Veranstaltung.

aus der Gesellschaft beschreibt – als die Ersetzung der einen, nunmehr als obsolet betrachteten Politik durch eine andere (... die postmoderne Rede von dem, was man bzw. die Gesellschaft sich alles „nicht mehr“ leisten, was man nicht mehr denken könne etc.). Die entsprechenden Referenzen machen das Feld einer sehr komplexen – diesen Tendenzen gegenüber überwiegend kritischen – Literatur zu diesen Themen sichtbar, das von Foucault und / oder Bourdieu bis Bröckling u.a, von Lessenich bis Althusser oder von DiMaggio bis U. Beck reicht – und diese Nennungen sind hier auch nur eine willkürliche Auswahl.² – Noch einmal: gegen diese allesamt Erkenntnis generierenden Referenzen soll überhaupt nichts eingewandt werden; mir scheint aber, dass – hier speziell in den Blick genommen – die Ökonomisierungskritik bei einer „weberianischen“ Positionierung („*posture*“) „anhält“: die Analyse wird durchgeführt, aber die Formulierung eines philosophisch-gesellschaftspolitischen Fluchtpunkts, der die Argumente mit einer gedanklich formulierten alternativen Gesellschaft verbinden würde, wird vermieden. Hier scheint das Agitationsverbot sehr weit in den wissenschaftlichen Gestus und in die Herstellung der öffentlichen Formen von Wissenschaft hineinzuwirken. Letzteres charakterisiert nicht die Autoren, sondern die besondere öffentlich-kodifizierte Form, in der seit dem Verblässen des „Argument“-Stils³ sozialwissenschaftliche Reflexionsresultate in die Diskussion gebracht werden, um Gehör zu finden – wenn es nicht gar eine Spätfolge des (darstellungs-)methodischen Zynismus der Systemtheorie ist, die weithin die Form der öffentlichen Auftritte der Sozialwissenschaft geprägt hat.

Womöglich ist eine solche Positionierung („*posture*“) aber nicht nur einer habitualisierten – auf politische Gestaltungen von Gesellschaft bezogenen – Enthaltensamkeit (post)moderner Sozialwissenschaft zuzuschreiben. Zu diskutieren könnte sein, ob bestimmte Konzepte – hier das Ökonomisierungsparadigma – selbst eine solche Begrenzung auferlegen. Deshalb soll am Ende dieses Beitrags die Frage gestellt werden, ob der Ökonomisierungsbefund weitergeführt werden müsste, indem er mit weiteren Kategorien der Kritik der Politischen Ökonomie, mit der Analyse der Kapitalbewegung und mit einer erneuten Durchsicht des Verhältnisses von Bildung und Arbeit verbunden wird. Ich behaupte hiermit nicht, dass das nicht schon geschieht; ich will diese Orientierung mit einer solchen Bemerkung nur stärken. Ich behaupte auch nicht, diese Weiterführung selbst schon durchgeführt zu haben.

² (Ich wundere mich übrigens schon länger, warum Herbert Marcuse nicht zitiert wird.)

³ Ich meine die Zeitschrift ...

Radikale Analysen

Wir brauchen derartige radikal durchgeführte systematische Analysen, die die inneren Mechanismen dessen zum Vorschein bringen, was in der Gesellschaft, in welchen Zusammenhängen und mit welchen Parametern über welche Transformationen und mit welchen Zielstellungen verändert wird. Wir brauchen die Analyse des Getriebes.

Wir brauchen aber auch eine explizite Reflexion darüber, warum zum Beispiel eine Umdeutung des gesellschaftlichen Individuums und der Individuationsvorgänge in der der Gesellschaft (u.a. „Bildung“) in ein „unternehmerisches Selbst“ eine gesellschaftlich, politisch-philosophisch unzulässige Umdeutung darstellt (also nicht nur den Aufweis, dass umgedeutet wird) – und dazu ist es erforderlich, (historisch) noch einmal neu zu formulieren, aus welchen Gründen eine solche Umdeutung mithilfe solcher Analysen aufzudecken und abzulehnen ist. Wir benötigen vielleicht wieder neu eine die Zielstellungen jeweils mitdiskutierende, wertende Philosophie, eine wertende Soziologie und Politikwissenschaft – von einer solchen Erziehungswissenschaft ganz zu schweigen!

Solches Engagement fiel diesen Disziplinen nicht schwer, solange sie einverständlich agieren konnten mit den politisch formulierten Zielstellungen demokratisch-liberaler Gesellschaften. Nun, da sich diese Gesellschaften über Prozesse wie den in unserem Zusammenhang beobachteten zu Anderem als demokratisch-liberalen Gesellschaften wandeln, verwandelt sich auch das vormalige Einverständnis in Stummheit oder Sprachlosigkeit vor den Diskrepanzen, die sich in den neueren Transformationen erweisen. Der Humanismus in den Sozialwissenschaften brauchte nicht betont zu werden, solange er nicht der Gesellschaft als ganzer entzogen zu werden drohte; angesichts der manifesten Transformationen und der neuen Strukturierungen müssten Sozialwissenschaften sich darauf besinnen, was die Substanz ihres vormaligen Einverständnisses mit demokratischer Gesellschaft gewesen ist. Und gerade weil unter diesen Umständen die Analysekategorien politisch sind, bekommt die Frage nach ihrer Pertinenz Wichtigkeit.⁴

Immanente und/oder „exmanente“ Kritik?

Die mit dem Ökonomisierungsbegriff erstellten Analysen gegenwärtiger gesellschaftlicher Transformationsprozesse bringen die die Funktionsweise dieser Prozesse sehr aufschließend zur Anschauung. Ob der Begriff „Ökonomisierung“ allerdings nicht selbst eine Schranke für die analytische Formulierung der gesellschaftlichen Brisanz des

⁴ – Man sollte mir in diesem Stadium der Diskussion zugutehalten, dass ich nicht etwa einer Pamphletisierung der Sozialwissenschaften das Wort rede.

Phänomens darstellt und damit möglicherweise die Kritik in die Grenzen desjenigen Gesellschaftsbildes einzwängt, dem Ökonomisierung gerade charakteristisch ist, wäre jedoch zu fragen; also, ob der Ökonomisierungsbegriff die Hermetik zu überwinden in der Lage ist. Anschaulich wird die Berechtigung dieser Frage, scheint mir, im Beitrag von Martin Heinrich im genannten Band, wo nach dem Versuch, eine ökonomisch immanente Kritik des Ökonomisierungsvorgangs in der Gesellschaft zu leisten, dann doch schließlich wieder zur „exmanenten“ Argumentation zurückgekehrt wird, indem Heinrich am Ende seines Beitrags noch einmal die vorher schon zitierte Stelle aus Faulstich & Zeuner anführt: *„zwischen Managementtraditionen und philosophisch geprägten Bildungstraditionen liegen Welten. Management spiegelt ein primär ökonomischen Gesetzmäßigkeiten unterliegendes, an Effizienz orientiertes Denken wieder, während Bildung auf Mündigkeit und Selbstbestimmung der Subjekte zielt.“* (Faulstich & Zeuner 2018)

Die Absicht, der Ökonomisierung mit immanenten Argumenten beizukommen und zu vermeiden, dass „exmanente“ Positionierungen bloß als „Standpunktdifferenz“, nicht aber als Argumente gewertet werden, die allgemein im gesellschaftlichen Raum Geltung beanspruchen können, scheint mir dann doch darauf hinauszulaufen, dass die Bemühung, solche immanenten Argumente gegen die Ökonomisierung zu finden, sich im Diskussionsfeld verstricken. Die vorher bekundete Intention der Immanenz hat aber dann schon der „exmanenten“ Argumentationsweise die Legitimität entzogen und scheint es gar nicht mehr zu ermöglichen, „exmanente“ Argumente vorzubringen, d.h. über den Tellerrand der Immanenz zu schauen. Bleibt dann doch nur die „Standpunktdifferenz“! Tatsächlich wird dies auch im hier benannten Beitrag dem Autor selbst offenbar. Für mich stellt sich im Anschluss an die Beobachtung der Argumentationsweise im Beitrag von Heinrich die Frage, wie weit der Begriff der „Immanenz“ bei der Verwendung des Ökonomisierungsparadigmas reicht. Verbleibt man im Modus der funktionalen Analyse, d.h. dabei, dass andere als funktionalistische und neoliberal-ökonomische Beschreibungsweisen von Bildung im gegenwärtigen sozialen (pädagogischen, bildungspolitischen, gesellschaftspolitischen) Diskurs über Bildung gar nicht mehr abgegeben werden könnten oder – wenn man unter Erkenntnisgenerierung auch die soziale Dimension der Akzeptanzmöglichkeit oder -wahrscheinlichkeit mitfasst – wahrgenommen würden? Alternativen zur funktionalistischen Beschreibung von Bildungsprozessen hätten keinen gesellschaftlichen Ort mehr, von dem her sie sich manifestieren oder sie gehört werden könnten. Es wäre also nutzlos, so die Schlussfolgerung, die man daraus zu ziehen hätte, darauf zu bestehen, dass es für Bildung ein anderes als das neoliberale Referenzsystem geben könne.

Auch wenn diese Grenzen der immanenten Kritik erkannt werden, scheint aber trotzdem ein Gültigkeit beanspruchender Gestus bestehen zu bleiben, der suggeriert, dass es vergeblich sei, der gegenwärtigen diskursiven Codierung von Bildung eine andere allgemeine Sichtweise entgegenzusetzen. Wir hätten es so teilweise mit einer impliziten Unterordnung des Rahmens der Kritik unter die Prärogative der machtbeanspruchenden politischen und diskursiven Setzung zu tun. Diese mögen als kritisierenswert beschrieben werden; die Gründe für solche Kritikbedürftigkeit blieben aber im Dunkeln. Die Berechtigung, sich mit diesen Setzungen kritisch auseinanderzusetzen, scheint zwar gegeben und wird im Diskurs vorausgesetzt; ihre Explizierung aber verschwindet hinter einer scheinbar nur formal aufgefassten Legitimation von Kritik überhaupt und verdankt sich nicht dem Verfechten gesellschaftspolitischer Zielsetzungen. Solche gesellschaftspolitische ‚Neutralität‘ führt nun aber dazu, dass der kritische Impetus von jenen, die diesbezüglich affirmativ agieren, sofort auszuhebeln ist, weil keine grundsätzliche andere Legitimation mehr sichtbar ist, Ökonomisierung gesellschaftsstrategisch und politisch im Sinne von Demokratieentwicklung und Aufklärung zu kritisieren. Was denn die Bildung in der Gesellschaft bestimmen soll, in ganz großem Rahmen etwa der Bezug auf den aufklärerischen Humanismus (... Aufhebung aller Verhältnisse, in denen der Mensch ein geknechtetes Wesen ist ...), bleibt ungesagt, so als wollte man sich vor den hoch elaborierten Neoliberalen nicht (als „Gestrige“) blamieren – vor Gesellschaftsauffassungen also, die eben jene Kontroversen über die allgemeinen Zielstellungen von Gesellschaft überhaupt erfolgreich aus der wissenschaftlichen Diskussion vertrieben haben, so dass die Alternativen gar nicht mehr sichtbar sind („Ende der großen Erzählungen“). Dergestalt in der Immanenz zu verbleiben, muss aber dazu führen, dass man sich in der Kritik am Ökonomisierungsphänomen selbst ins Stolpern bringt.

Ausweitung der Denkzone

Möglicherweise muss man der Ökonomisierungskritik weitere Dimensionen hinzufügen, die eine solche Begrenzung ihrer Reichweite aufheben könnten. Um es mit den Worten des Zitats von Faulstich & Zeuner noch einmal zu unterstreichen: die Berechtigung der „Welt(en)“, die da die Differenz ausmachen, ist selbst zu thematisieren. Dies führt zu dem Schluss, dass die von Heinrich sogenannten „paradigmatisch-normativen Differenzen“ (*„Bildung auf Mündigkeit und Selbstbestimmung der Subjekte“* orientiert, ref. Faulstich & Zeuner) wieder anerkannt werden müssen, auf die Explikation dieser Differenz der „Welten“ eben nicht verzichtet werden kann. Das erfordert aber, nicht nur die „Welt“ dessen zu beschreiben, was zu den inkriminierten Phänomenen der „Ökonomisierung“ treibt, sondern die „*philosophisch*

geprägten Bildungstraditionen“, die ‚paradigmatische Normativität‘ (ref. Heinrich) als ebenso gültige wieder zu solchen zu machen, die legitimierweise gesellschaftliche Handlungs- und Diskursräume beanspruchen können.

Wenn man diesen Gedanken fasst, dann wird offensichtlich, dass die „Kommodifizierung“ der Gesellschaft durch das Kapital sehr viel tiefer greift als nur bis zur Umdefinition von Institutionen. Es wird nämlich plötzlich klar, dass im Zuge der Kritik am humanistisch-aufklärerischen, sozial ausgleichenden und sozialstaatlichen Politik- und Gesellschaftsbegriff der gesamten Gesellschaft und ihren Institutionen eine Reihe von Legitimationen für politisch-institutionelles Handeln praktisch und diskursiv entzogen worden sind. Der Gesellschaft ist ihre Sprache, ihre Praxis aus strategischen Gründen zum Verschwinden gebracht worden. In der Tradition der kritisch-politökonomischen Analyse jener Gesellschaft, die dem totalisierten und totalisierenden Kapitalverhältnis unterliegt, hat dieser Vorgang einen Namen: Fetischisierung.⁵

Strategien des Kapitals

Damit wären die bezeichneten Prozesse als Strategien des Kapitals zu interpretieren, nämlich als Abicht, seine soziale Infrastruktur selbst zu organisieren, d. h. jenen Bereich der gesellschaftlichen Reproduktion, dessen Organisation und Kosten das Kapital bisher mehr oder weniger auf den Staat, d.h. das Gemeinwesen abgewälzt hatte, nunmehr unter seine Ägide zu nehmen. Unter „Strategien“ sollen hier Organisationsformen und Institutionalisierungen verstanden werden, die von den – den Menschen und ihrem sozialen Handeln entzogenen – Verhältnissen ausgehen, auch wenn sie teilweise als intentionale Strategien erkannt werden, nichtsdestoweniger als objektive funktionale Verfahren, als gesellschaftliche (im Durkheimschen Sinne: gleichsam „sui generis“) Prozesse aufgefasst werden müssen.

Inwieweit dabei die weltweit ungeheure Verschiebung in den Kapitalorten hin zur internationalen politischen Dominanz des zinstragenden Kapitals („Finanzkapital“ – „Globalisierung“) und die darin noch einmal

⁵ Zu einem möglichen Argument in Bezug auf diese Beschreibung: Sie könnte zurückgewiesen werden, indem ihr vorgeworfen wird, ihr unterliege die Annahme einer „böswilligen Intention“ – sie sei also „verschwörungstheoretisch“ formuliert. Wenn von anderer, entgegenstehender Seite allerdings von „Strukturfunktionalitäten“ gesprochen wird, wird ebenso eine dann eher metaphysische Strukturmacht unterstellt. Die Fragen – so gestellt – haben immerhin den Vorteil, dass sie sich auf ein theoretisch bereits analysiertes Verhältnis menschlicher gesellschaftlicher Beziehungen, nämlich auf das Kapitalverhältnis, beziehen und die auf sie gegebenen Antwortversuche den Vorteil hätten, Bestandteil der Aufdeckung des Fetischcharakters des Kapitals sein zu können. Ich beziehe mich hier ausdrücklich auf den Fetischbegriff, wie er in der Kapitalanalyse von Marx verwendet wird.

potenzierte Mystifizierung eines sich selbst hervorbringenden Kapitals (Geldes), in der der Verwertungsprozess ausgelöscht erscheint, die ideologische Verblendung ungeheuer anfeuert, in der alles Gesellschaftliche der Geldlogik unterworfen werden zu können scheint und überall nur Märkte oder Quasi-Märkte bestünden, bleibt zu diskutieren. Wenn allerdings eine solche erweiterte politisch dimensionierte Analyse erfolgt, dann stellen sich für mich eine Reihe von Anschlussfragen.

1. Welche Prozesse liegen hinter den als multipel diagnostizierten Ökonomisierungsvorgängen? Denn in einer politischen Betrachtungsweise scheint sich zu offenbaren, dass „Ökonomisierung“ ein „intermediärer“, heuristischer Begriff ist, wenngleich es mit seiner Hilfe bereits zu differenzierten analytischen Ergebnissen kommen kann.
2. Handelt es sich bei der Ökonomisierung, sofern sie direkt Profit anstrebt für eingesetztes Kapital, um Erschließung von neuen Profitfeldern – und welche Natur hat dieser Profit (dazu siehe unten)? Wie lässt sich die systematische Differenz bestimmen, die mit der Unterscheidung zwischen „Märkten“ und „Quasi-Märkten“ gemeint ist und ist das eine Unterscheidung, die über eine im engeren Sinne ökonomietheoretische Bestimmung hinaus die in den Blick genommenen gesellschaftlichen Transformationen zu erklären vermag? (Oder ist diese Unterscheidung nur eine ökonomietheoretische Reminiszenz innerhalb einer diskurshegemonialen Ideologiekritik?)
3. Handelt es sich bei der Ökonomisierung, sofern sie auf kollektive oder gesellschaftlich-individuelle Dispositionen abzielt, um (mehr oder weniger direkte) Einflussnahme auf die Produktionskosten der Ware Arbeitskraft (im Sinne von gesellschaftlicher Gesamtarbeitskraft – wie z.B. bei der „Bologna“-Transformation der deutschen Universitäten; G 12 etc.), bzw. Einflussnahme auf ihre Fähigkeit und Willigkeit, sich den (selbst wieder unter Einfluss des Kapitals kürzlich massiv transformierten) Regeln der Lohnarbeit zu unterwerfen (Flexibilisierung, Precarisierung etc.)? Wird über habituelle Dispositionen bis hin zur kollektiven Implementierung von Gesellschafts- und Weltbildern qua Bildung und Sozialisation Einfluss auf die „Reibungsverluste“ bei der Herstellung von je bestimmt qualifizierter bzw. dequalifizierter Arbeitskraft genommen? (Das geht über Habitualisierung mithilfe digitaler Anwendungen, Formatierungen von Sozialformen sowie kommunikativer Gewohnheiten, Implementierung von Weltbildern und Verhaltensdispositionen bis hin zu Verbilligung von „Bereitstellungskosten“ der

- Arbeitskraft, von Lebensmitteln, etc. – heutzutage billiges Fleisch; vormals Sägemehl im Brot.)
4. Muss in Bezug auf die Ökonomisierung der Reproduktion des individuellen und gesellschaftlichen Lebens einschließlich der generationellen Reproduktion differenziert werden zwischen den im strengen Sinn in der Summe des Gesamtkapitals mehrwertproduktiven Kapitaleinsätzen einerseits und den Profitmechanismen der Einzelkapitale andererseits, die als solche Einzelkapitale Profit erwirtschaften aus Kapitaleinsätzen in Bereichen, die im Sinne des Gesamtkapitals – als Kapitaleinsatz im Reproduktionsbereich – nicht „produktiv“ sind? Ist diese Unterscheidung gegebenenfalls eine Erklärung dafür, dass Kapitaleinsatz in dergestalt unproduktiven Bereichen auf jeden Fall immer mit staatlicher Alimentierung von Kapitaleinsatz und mehr oder weniger gesellschaftlicher, wenn auch nicht demokratischer Regulation einhergeht (Th. Höhne: „... kein ausschließlich privates Bildungssystem ...“)? Profiterwirtschaftung in „unproduktiven“ Bereichen, die die „Bereitstellungsareale“ der Arbeitskraft sichern, wären also niemals „rein“ kapitalistisch organisiert, sondern zöge trotz der Profitmechanismen allgemeinen gesellschaftlichen Reichtum ab (Umverteilung über Steuern; Kostenabwälzung auf den Staat von Funktionskosten, Personalkosten in Privatschulen etc.)?
 5. Sind die diskursive Etablierung von „Quasi-Ökonomien“ durch Instrumentendefinitionen (Evaluation; Tests; „output“; Qualitätskontrollen etc. – damit institutionelle und ideologische Formatierung gesellschaftlicher Lebensbereiche über das direkte Lohnarbeitsverhältnis hinaus) und die dazugehörigen „Quasi-Institutionen“ (z.B. Qualitätsinstitute: z.B. „IQB“) ein notwendiges symbolisches Begleitkonzert zur Sicherung der „funktionalen Bereitstellungsareale“ profitkonformer Gesamtarbeitskraft?
 6. Voraussetzung für die Übernahme von Reproduktionsbereichen durch das Kapital ist möglicherweise seine massenweise Akkumulation und dadurch die große Anzahl von freien Kapitalien, die auf der Suche nach Profitquellen sind. Ist das Eindringen von Kapital und dessen Funktionslogiken in den (vormals) öffentlichen Bereich ein Zeichen von „Überakkumulation“, die jeweils Einzelkapitale zur aggressiven Zerstörung von öffentlichen Bereichen von Gesellschaften treibt (wobei die Problematik des Verhältnisses von Einzelkapital im unproduktiven Bereich zum weltweit gesellschaftlichen Gesamtkapital bestehen bleibt)?

Wenn auf diese (oder eine andere) Weise analytische Perspektiven auf den Zusammenhang von Ökonomisierung, Arbeit und Kapitalpolitik geworfen werden – welche Differenzen sind im Sinne eines Verständnisses von „*Bildung [als] auf Mündigkeit und Selbstbestimmung der Subjekte*“ gerichtetes gesellschaftliches Handeln zu formulieren? Wie vermeidet man einen linken bildungstheoretischen Ökonomismus, wenn es darum geht, die kapitalförmige Umgestaltung aller gesellschaftlichen Lebensbereiche radikal zu kritisieren? Was muss als der „Kritik der Politischen Ökonomie“ systematisch gleichberechtigtes Reflexionsareal neben diese gestellt werden. Taugt der allgemeine Begriff der Arbeit zu einer solchen Ausweitung des Reflexionsareals?

Referenzen:

Kamp-Hartong, S., Hermstein, B. & Höhne, T. (Hrsg.). (2018). *Ökonomisierung von Schule? Bildungsreformen in nationaler und internationaler Perspektive* (Neue Politische Ökonomie der Bildung, 1. Auflage). Weinheim: Beltz Juventa.

Heinrich, M. (2018). Ökonomisierung der Schule durch evidenzbasierte Schulentwicklung? Analysen zur Schulinspektion im Rahmen des Effizienzversprechens "Neuer Steuerung". In S. Kamp-Hartong, B. Hermstein & T. Höhne (Hrsg.), *Ökonomisierung von Schule? Bildungsreformen in nationaler und internationaler Perspektive* (Neue Politische Ökonomie der Bildung, 1. Auflage, S. 173–191). Weinheim: Beltz Juventa.